



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 30. Mai 2017

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- Vergangenen Mittwoch sind vor der Küste Libyens 30 Menschen auf ihrer Flucht ertrunken. Auf dem Boot befanden sich bis zu 700 Fliehende.
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-mindestens-30-tote-vor-libyens-kueste-a-1149189.html> (24.05.17)
- Während US-Präsident Donald Trump mit dem Einreiseverbot für Muslim*innen und seiner Grenzmauer nicht wirklich vorankommt, verschärft er mit kleineren, weniger symbolträchtigen Schritten die Abschiebepolitik der Vereinigten Staaten. 41.300 Illegalisierte wurden in den ersten 100 Tagen seit seinem Amtsantritt verhaftet, 40% mehr zum Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die Zahl der Abschiebungen stieg bisher aber nicht. Doch Razzien am Arbeitsplatz sind nun wieder möglich, zudem tauchen Beamt*innen der Abschiebebehörde Immigration and Customs Enforcement (ICE) an Schulen und Kirchen auf und verbreiten Angst. Zugriffsrechte haben sie dort nicht. Illegalisierte unternehmen Schritte der Vorbeugung. Einige gehen nicht mehr zur Arbeit, lassen ihre Kinder von befreundeten amerikanischen Staatsbürger*innen von der Schule abholen oder sparen Geld für den Fall einer Abschiebung. Die Abschreckungspolitik zeigt erste Wirkung: während die Zahl Aufgegriffener an der Südgrenze der USA sank, stieg die Zahl derjenigen, die um Schutz in Mexiko suchen. Im US-Kongress hat die Republikanische Partei nun ein verschärftes „Grenzschutzgesetz“ eingebracht. Die bisherige Ordnungswidrigkeit Grenzübertritt soll demnach zu einer Straftat mit bis zu 20 Jahren Freiheitsentzug verwandelt werden. ICE-Beamt*innen sollen zudem Sturmgewehre tragen dürfen, mehr Abschiebegefängnisse gebaut werden. Im Fokus stehen zudem die Sanctuary Cities. In etwa 300 Städten und Kommunen der USA finden Illegalisierte Zuflucht, die kommunalen Polizeibehörden dort schieben nicht ab und unterstützen die ICE nicht. Trump hatte angeordnet, dass die Mittel dieser Kommunen gekürzt werden, einige konservative Bundesstaaten wie Texas unterstützen diese Linie. Progressive Bundesstaaten und Kommunen dagegen bereiten bereits eigene Gesetze vor, die die auf ihrem Territorium sich aufhaltenden Illegalisierten schützen sollen.
<http://www.sueddeutsche.de/politik/trump-aera-die-stille-verschaerfung-der-amerikanischen-einwanderungspolitik-1.3520373> (28.05.17)

Bund, Land, Kommune

- Vor dem Hintergrund sinkender Anerkennungsquoten durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und einer immer restriktiveren Abschiebepaxis häufen sich die Fälle von geflüchteten Menschen, die sich selbst anzeigen. Sie geben an, in ihrem Herkunftsland schwere Straftaten verübt zu haben und dass ihnen darauf die Todesstrafe drohe. Sie rechnen mit einem Aufenthaltstitel. Inwiefern die Angaben stimmen, kann von keiner Seite verifiziert werden.
<http://www.fr.de/frankfurt/fluechtlinge-in-frankfurt-fluechtlinge-bezichtigen-sich-selbst-a-1286237> (27.05.17)
- Etwa 7.000 geflohene Minderjährige gelten in Deutschland als vermisst. Anfang 2016 waren es noch 4.700. Das Bundeskriminalamt gibt an, dass viele Vermisste zwar gefunden werden, dann aber ihre Identität nicht geklärt werden könne sodass sie weiter als Vermisstenfall auftauchen würden. Der Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gibt an, dass einige zu Verwandten oder anderen Bezugspersonen reisen würden ohne dies anzugeben. Die Initiative „Vermisste Kinder“ betont, dass ein Aufschrei durch die Öffentlichkeit gehen würde, wenn eine solche Zahl deutscher Kinder verschwunden sei. Viele der geflohenen Minderjährigen würden zu Opfern krimineller Strukturen.
<http://www.augsburger-allgemeine.de/politik/Tausende-minderjaehrige-Fluechtlinge-werden-vermisst-id41540921.html> (25.05.17)
- Durch ein Programm des Bundesarbeitsministeriums werden Geflüchtete gezwungen, „Jobs“ mit einer Bezahlung von weniger als einem Euro die Stunde anzunehmen. 100.000 dieser „Jobs“ sollten entstehen, das Ganze 300 Millionen Euro kosten. Das Budget wird nun auf 60 Millionen reduziert da nur etwa ein Viertel der „Jobs“ in Anspruch genommen wurde.
http://www.deutschlandfunk.de/geringe-nachfrage-ein-euro-job-programm-fuer-fluechtlinge.1939.de.html?drn:news_id=749154 (25.05.17)
- Und die sächsische CDU offenbart erneut eindrucksvoll ihr Demokratieverständnis: beim Meißner Literaturfest soll das Buch „Unter Sachsen: Zwischen Wut und Willkommen“ gelesen werden. Der CDU-Stadtrat Jörg Schlechte bezeichnete das Buch als „Dreck“ und „Hetze“, hanebüchene Argumente wie dass politische Veranstaltungen im Rathaus nicht stattfinden dürfen, wurden angeführt. Diese Woche dann entschieden Bürgermeister Olaf Raschke und der Organisator des Literaturfest Daniel Bahrmann, dass die Lesung stattfinden wird. Bahrmann: „Die gesamte Diskussion zeigt eigentlich, dass das Buch Recht hat und Aufklärung Not tut.“
<http://www.sz-online.de/nachrichten/sachsen-bashing-im-ratssaal-3688411.html> (22.05.17)
<http://www.mdr.de/kultur/unter-sachsen-meissen-buch-wird-gelesen-100.html> (29.05.17)

Hintergrund und Meinung

- Tankred Stöbe von Ärzte ohne Grenzen schildert im Interview mit dem *Tagesspiegel* die Situation in den libyschen Gefangenenlagern. Er besichtige die Lager vor Kurzem. Sanitäre Bedingungen und medizinische Versorgungen seien völlig inakzeptabel, es komme zu Mangelernährung, Versklavung und Prostitution. Er fordert, dass die Menschen aus den Lagern herausgeholt werden müssen anstatt sie genau in diese Situation zurückzuschieben. Betrieben würden die Lager einmal vom „Direktorat zur Bekämpfung illegaler Migration“, daneben gäbe es Lager die von „kriminellen Banden und Schleppern“ betrieben würden. Während Stöbe von ersteren sagen kann, dass keine der humanitären Standards erfüllt seien, seien zweitens hermetisch abgeriegelt.
<http://www.tagesspiegel.de/politik/fluechtlinge-in-libyschen-lagern-aerzte-ohne-grenzen-es->

[herrschen-hunger-und-krankheiten/19853338.html](https://www.fr.de/frankfurt/interview-politischer-druck-a-1284811) (25.05.17)

- Der Geschäftsführer von PRO ASYL, Günter Burkhardt, im Interview mit der *Frankfurter Rundschau*. Er weist darauf hin, dass Asylverfahren heute mit einem hohen Maß an Rechtsfehlern behaftet seien. Dies zeige sich in einer oft mangelhaften Sprachmittlung, darin, dass anhörende und entscheidende Person nicht dieselbe sind und in rasant durchgeführten Verfahren in denen Fluchtgründe in der Anhörung nicht ermittelt und vermeintliche Widersprüche nicht aufgeklärt werden.
<http://www.fr.de/frankfurt/interview-politischer-druck-a-1284811> (25.05.17)
- In einem sicherlich kontroversen und kritikwürdigen, deswegen aber nicht weniger lesenswerten Artikel argumentiert Armin Nassehi in der *taz*, dass die zwei sich politisch gegenüberstehenden Lager die Komplexität der Welt auf ihre je eigene Weise reduzierten. Die einen rekurrierten auf die Natur, auf Kontrolle und Übersichtlichkeit und imaginierten den unwiederbringlichen, homogenen Nationalstaat. Die anderen würden mit Moral argumentieren, die universalistischen Menschenrechte heranziehen und dabei selber häufig den Einzelfall vergessen sowie die jahrhundertealte Diskussion um universale Menschenrechte und partikulare Bürger*innenrechte. Sie könnten sich nicht vorstellen, dass ihre normativen Vorstellungen nicht einfach so umzusetzen seien wie einen Text auf Papier zu bringen. Beide verfehlten, dass es keine Gesamtvernunft gebe, weder eine ethnisch-kulturelle noch eine moralisch-pluralistische. Die Folge: beide könnten reflexartig ihre Argumente gegenüber den jeweils Anderen wiedergeben, ein Dialog sei das nicht sondern ein abgestimmtes Drehbuch. Viel mehr noch, für Nassehi steht fest, dass sich beide Lager als Antipoden verstehen würden, die das eigene Wir gegenüber den Anderen abgrenze.
<http://www.taz.de/Debatte-Rechte-und-linke-Diskurse/!5407166/> (28.05.17)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: info@saechsischerfluechtlingsrat.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: refugeelawclinic@uni-leipzig.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen

 UNO-Flüchtlingshilfe